

Knallhart, deutlich und überaus konsequent

FDP-Fraktionsvize **Martin Lindner** über die Zukunft von Schwarz-Gelb



Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Martin Lindner ist ein gern gesehener Gast in den Talkshows von ARD und ZDF und dort für seine direkte Art und seine deutliche Wortwahl bekannt und geschätzt. Bevor Martin Lindner in die Bundespolitik ging, war er von 2002 bis März 2009 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. In dieser Eigenschaft machte er bundesweit Schlagzeilen, als er vorschlug, Sozialleistungen um 30 Prozent zu kürzen, sofern arbeitsfähige Sozialleistungsempfänger angebotene Tätigkeiten ablehnen.

Neben seiner Abgeordnetentätigkeit ist Lindner als selbstständiger Rechtsanwalt in Berlin tätig. Der FDP gehört er seit 1998 an. Als Mitglied des Schaumburger Kreises, der den liberal-konservativen Wirtschaftsflügels der FDP repräsentiert, fordert er eine größere Offenheit der Gesellschaft und der Politik gegenüber neuen Technologien, was wiederum seine ständige Mitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages und seine Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion unterstreicht. Ferner ist er stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Innenausschuss.

Seit dem 10. Mai diesen Jahres ist Martin Lindner zudem stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

In der Debatte über den Abschied von der Kernenergie war es ein besonderes Anliegen Lindners, den Eigentumsrechten der Kraftwerksbetreiber Geltung dadurch zu verschaffen, indem trotz Ausstiegsbeschluss Stromkontingente auf neuere AKWs übertragen werden können.

Joachim Schäfer sprach mit Martin Lindner über Chancen und Risiken der Energiewende und über die Zukunft von Schwarz-Gelb. Außerdem nahm Martin Lindner Stellung zu acht provokanten Thesen.

INTERVIEW

Der Ausstieg aus der Kernenergie wird den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Allein die Kosten für den Aufbau der Netze, um den Windstrom von der Nordsee in den Süden zu transportieren, werden nach Expertenmeinung einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag kosten. Halten Sie das für vertretbar – dies auch mit Hinblick auf die Eurokrise, die hohe Staatsverschuldung und die aufziehenden dunklen Wolken am Konjunkturhimmel?

Rund 80 Prozent der Deutschen waren für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie, wie Umfragen der verschiedensten Meinungsforschungsinstitute ergaben. Dem musste die Bundesregierung Rechnung tragen, weil man nicht dauerhaft gegen den Willen des Volkes regieren kann. Deshalb hat die Bundesregierung einen Weg gesucht, der einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie ermöglicht und gleichzeitig den wirtschaftspolitischen Realitäten gerecht wird. Das heißt, wir mussten einen Weg finden, der gangbar und vor allem finanzierbar ist und der der deutschen Wirtschaft die Chance bietet, sich mit den neuen regenerativen Energien auf dem Weltmarkt zu präsentieren.

Bundeskanzlerin Merkel sagte in der Bundestagsdebatte zum Atomausstieg, sie stehe persönlich dafür ein, dass es keinen Stromausfall geben werde. Experten machen hinter dieser Aussage ein dickes Fragezeichen.

Das Bundeswirtschaftsministerium als federführendes Haus ist selbstverständlich bestrebt, auch in der Übergangsphase die Versorgung der Bürger und der Unternehmen sicherzustellen. Über den europäischen Energienetzverbund sind wir zudem in die Lage versetzt, Strom im Ausland zuzukaufen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht nur auf die erneuerbaren Energien und die Netzausbauten konzentrieren, sondern dass wir auch für die nächsten Jahrzehnte ein solides Netz an fossilen und damit grundlastfähigen Energien haben. Ich denke hier an Gas und natürlich auch an Kohle. Allerdings bin ich gespannt, wie sich unsere politischen Wettbewerber in dieser Frage positionieren.

Der Unionsfraktionsvize Arnold Vaatz wird im Focus wie folgt zitiert: „Der schnelle Atomausstieg ist eine der verhängnisvollsten Fehlentscheidungen, die es in der bundesdeutschen Politik seit 1949 gegeben hat.“ Und Ihr stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender Holger Zastrow wird mit den Worten zitiert: „Der übereilte Ausstiegsbeschluss ist ein Fall von Planwirtschaft.“ Wie in DDR-Zeiten würden Zielmarken gesteckt, „die nur politisch motiviert und fachlich nicht begründet sind.“ Können Sie beiden Äußerungen etwas abgewinnen?

Dass ich als wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion nicht sonderlich amüsiert über das Tempo des Ausstiegs aus der Kernenergie war, muss ich hier nicht näher darstellen. Ich musste aber zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur auf der Bundesebene sondern auch alle 16 Ministerpräsidenten für den Ausstieg waren. Auch der Ministerpräsident von Sachsen, dessen Stellvertreter mein Parteifreund Zastrow ist, wollte den schnellen Ausstieg! Die Ministerpräsidenten gingen sogar noch einen Schritt weiter. Sie wollten für jedes einzelne Kernkraftwerk auch noch ein gesondertes festgelegtes Ausstiegs- oder Abschaltdatum ha-

ben. All das kann man nicht einfach ignorieren. Jetzt gilt es, alles zu tun, damit dieser Ausstieg aus der Kernenergie und der Umstieg in regenerative Energien ein Erfolg wird. Es macht keinen Sinn, in die Vergangenheit zu blicken und nachzukurieren. Es ist anders entschieden worden und deswegen müssen wir jetzt alles Erdenkliche tun, damit sich Deutschland als technologische Führungsmacht auf dem Gebiet der regenerativen Energien positionieren kann.

Wir haben bisher Strom exportiert, seit März importieren wir fast täglich Strom, weil bereits die ersten Kernkraftwerke abgestellt wurden. Halten Sie es für möglich, dass unsere Stromlieferanten aus dem Ausland die Gunst der Stunde nutzen werden, um uns dann – weil wir auf Stromimporte angewiesen sind – mit exorbitant hohen Preisen zu überraschen?

Dieses Risiko besteht und kam in der ganzen Debatte immer zu kurz, weil die vielen Kernkraftgegner nicht in der Lage waren, über den Tellerrand auf die Kernkraftwerke in Tschechien oder Frankreich zu schauen. Um so wichtiger ist es jetzt, Ersatzkontingente im grundlastfähigen Bereich zu schaffen. Das bedeutet, dass wir den Bau und die Sanierung von Kohle- und Gaskraftwerken forcieren müssen. Außerdem sind die Verträge mit ausländischen Energielieferanten so abzuschließen, dass wir nicht in völlige Abhängigkeit geraten und langfristig ein vertretbares Preisgefüge sicherstellen.

Der Selbständige: Kommen wir zum inneren Zustand dieser Koalition. Kürzlich sagte Angela Merkels enge Vertraute, Anette Schavan, Schwarz-Grün sei nicht tot. Ist das als kalte Drohung an die FDP zu verstehen?

Es ist jedem Koalitionspartner unbenommen, über seine eigene Zukunft nachzudenken. Insofern empfinde ich die Aussage von Frau Schavan nicht als Drohung. Wenn wir jedoch einen realistischen Blick auf die jetzige Situation der Koalition richten, dann müssen wir feststellen, dass es uns zur Halbzeit der Legislaturperiode nicht gelungen ist, die Menschen von unserer Politik zu überzeugen. Außerdem ist es uns nicht gelungen, unsere nachweisbaren Erfolge entsprechend zu vermarkten. Wer die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit der unserer Nachbarn vergleicht, muss unumwunden feststellen, dass die Arbeitsmarktpolitik von schwarz-gelb ein echtes Erfolgsmodell ist. Und deswegen muss es uns innerhalb der nächsten 24 Monate gelingen, die Menschen von diesem Erfolgsmodell zu überzeugen. Dann werden wir es auch gemeinsam schaffen, wieder die nächste Bundesregierung zu stellen. Wenn es uns aber nicht gelingt, mit unseren Erfolgen in der Bevölkerung zu punkten, dann kann sich die CDU soviel Gedanken über andere Partner machen wie sie will – dann wird sie nämlich gemeinsam mit uns die Oppositionsbänke drücken.

Wäre es denn nicht auch einmal an der Zeit, der CDU klarzumachen, dass auch die FDP die Option, sich einen anderen Koalitionspartner zu suchen, ziehen kann?

Dr. Martin Lindner: Ich halte weder was von einem wechselseitigen Klarmachen, noch von Drohungen oder unterschweligen Ankündigungen. Im Berliner Landtagswahlkampf hat sich die CDU bei der Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten

Bitte blättern Sie um

bereits selbst degradiert, indem sie sich mit Blick auf ein mögliches grün-schwarzes Bündnis als Mehrheitsbeschaffer für Frau Künast anbietern wollte. Zum Schluss der Debatte ließ dann Frau Künast die Katze aus dem Sack, indem sie kundtat, dass sie am liebsten mit denjenigen koalieren würde, mit denen sie die meisten Gemeinsamkeiten habe – also mit den Sozialdemokraten. Deshalb sehe ich nur eine erfolgreiche Option: nämlich Schwarz-Gelb. Wenn wir unsere Koalition nicht fortsetzen können, werden wir uns gemeinsam als Oppositionsparteien wiederfinden.



„Eine Entlastung der mittleren Einkommen ist unverzichtbar.“ (Martin Lindner)

These 6: Im Gesundheitswesen geht es weiter mit höheren Kassenbeiträgen und Zwangsrabatten.

Dem Gesundheitsminister muss die Quadratur des Kreises gelingen. Einerseits ein wachsendes Bedürfnis der Bevölkerung, an einem immer leistungsfähigeren Gesundheitswesen teilzunehmen, und andererseits die Kassenbeiträge konstant zu halten. Deshalb müssen wir die Frage diskutieren, ob durch den Gesetzgeber eine Mindestversorgung garantiert wird und über Wahlleistungen, die darüber hinausgehen, der Versicherungsnehmer für sich selbst entscheidet, indem er diese Zusatzleistungen auf seine eigenen Bedürfnisse zuschneidert.

Abschließend noch einige Thesen, mit der Bitte um Widerspruch.

These 1: Im Inland hält die Koalition das Geld zusammen, in Europa verpulvert sie es.

Unsinn. Wir haben auf jeden Cent des deutschen Steuerzahlers ein wachsames Auge – im Inland wie im Ausland.

These 2: Die Bundesregierung hat sich in der Libyen-Frage von der westlichen Wertegemeinschaft entfernt.

Haben wir nicht. Allein durch die Hilfen, die wir für Libyen leisten, haben wir deutlich gemacht, dass wir auf der Seite der westlichen Alliierten stehen.

These 3: Als „maximalen Unsinn“ hat die FDP Mindestlöhne bekämpft, jetzt vollzieht sie mit Ursula von der Leyen einen Kurswechsel.

Das stimmt ebenfalls nicht. Einen allgemeinen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn wird es mit uns nicht geben. Allerdings werden wir uns branchen- oder regionalbezogenen Lösungen nicht verschließen. Das ist aber zuerst Sache der Tarifpartner und nicht der Politik.

These 4: Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Freibetrages hat die Koalition ihr familienpolitisches Pulver verschossen.

Ganz sicher nicht. Die Familienpolitik besteht ja nicht nur aus der Verteilung von Geld. So ist die Frage, wie man es Alleinerziehenden möglich machen kann, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, von überragender Bedeutung.

These 5: Vor den Koalitionsverhandlungen mit der Union wollten die Liberalen das Entwicklungsministerium abschaffen. Jetzt ist der frühere FDP-Generalsekretär Dirk Niebel Entwicklungshilfeminister.

Und macht dort einen exzellenten Job. Und er zeigt, dass man Entwicklungshilfe auch anders betreiben kann, als seine Vorgängerin. Früher war das Ministerium der „roten Heidi“ das Weltsozialamt, das deutsches Steuergeld verteilt hat. Jetzt ist es ein Ministerium, was seinem Namen wieder gerecht wird, indem es wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert. So wie es auch der Name schon sagt: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

These 7: Deutschland zieht wie ein Magnet die schlecht qualifizierten Migranten an.

Das ist eines der zentralen Themen, das diese Koalition gemeinsam lösen muss. Wir haben Anreize geschaffen, die es lukrativ machen, in die deutschen Sozialkassen einzuwandern und nicht in den deutschen Arbeitsmarkt. Deshalb müssen wir ein System schaffen, dass es zum einen möglich ist, nach Deutschland einzuwandern, es aber zum anderen zwingend notwendig macht, dass der Migrant durch eine legale Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sich und seine Familie ernähren kann. Dies verbunden mit einem legalen Aufenthaltstitel. Beides muss so verknüpft und untrennbar vernetzt sein, dass man seinen Aufenthaltstitel automatisch verliert, wenn die Voraussetzungen für den Bezug von ALG II gegeben sind.

These 8: Auf ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem hatten sich Union und FDP eingeschworen. Davon ist nichts übrig geblieben.

Wir sind noch nicht am Ende unserer gemeinsamen Reise. Eine Entlastung der mittleren Einkommen ist aus meiner Sicht – auch aus wirtschaftspolitischen Gründen – unverzichtbar. Dass beim gleichzeitigen Sanieren des Staatshaushaltes sich vielleicht die eine oder andere Priorität verschiebt, muss in einer lebendigen Koalition möglich sein. ■



Mit Martin Lindner sprach Joachim Schäfer